



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/193

21. August 1950

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die SPD und Europa - Von Erich Ollenhauer	S.1
Die zukünftige Politik der Labour Party Bericht aus London	S.3
Verkehr mit Westberlin erneut bedroht	S.4
Die tschechischen Monatsrationen	S.6

## Ein sozialistisches Europa als Weg zum Weltfrieden

Von Erich Ollenhauer

(Sätze aus seiner Rede vor der Internationalen Sozialisten-Kundgebung in Frankfurt/Main).

"Ein einheitliches und gut zusammengefügttes Europa wird in Zukunft nur leben können; wenn die Völker durch ihr Verhalten bereit sind, dafür zu sorgen, dass der soziale Standard der breiten Massen der Völker in allen Teilen Europas auf die gleiche Stufe gehoben wird. Die Forderung nach Vollbeschäftigung, nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und Löhnen ist heute eine allgemeine europäische Notwendigkeit. Wenn wir weiterhin den Konflikt haben, dass auf der einen Seite fortschrittliche Völker diese Politik der Vollbeschäftigung durchführen, während auf der anderen Seite die Politik der sogenannten freien Wirtschaft immer wieder Millionenheere von Arbeitslosen schafft, dann bleiben alle europäischen Gespräche Angelegenheiten von Sonntagsveranstaltungen".

+

"Eine gemeinsame europäische Politik ist nur dann arbeits- und lebensfähig, wenn sie eine Gemeinschaft von Völkern mit gleichen Rechten und Freiheiten ist. Jedermann weiss: dieses neue Europa kann nur geschaffen werden mit Deutschland, es ist unmöglich ohne Deutschland. Wenn das richtig ist, dann müssen daraus bestimmte Konsequenzen gezogen werden. Eine davon muss darin bestehen, dass die Alliierten sich entschliessen, die politische Verwaltung Deutschlands nach innen und aussen den Deutschen selbst zu überlassen. Man kann einen europäischen Bund nicht gestalten, in dem das Mitglied Deutschland durch die Hohen Kommissare der Alliierten vertreten ist. Wir müssen dieser Deutschen Bundesrepublik die Möglichkeit zur Vertretung ihrer eigenen Ansichten im internationalen Rahmen geben.

Es gibt hier in Deutschland noch genügend Kräfte, die ihren Blick

nach rückwärts lenken und die auf den Tag der Wiedergeburt eines neuen Nationalismus warten. Aber diese Kräfte sind nur dann eine reale Gefahr, wenn man den demokratischen Kräften das Vertrauen verweigert, wenn man ihnen nicht die Chance gibt, an dem Wiederaufbau eines freien und friedlichen Deutschland mit den anderen Völkern zusammenzuarbeiten".

+

"In Strassburg haben wir den Beschluss der beratenden Versammlung in der Angelegenheit einer europäischen Armee nicht zugestimmt - nicht, weil wir nicht auch die Verteidigung von Freiheit und Recht mit allen Kräften wollen. Unsere politische Entscheidung für die Sache der Freiheit und der Demokratie ist längst gefallen, wir sind zu keinem Kompromiss in der Frage der Verteidigung von Freiheit und Recht bereit. Es steht heute aber mehr als die Frage der Aufstellung ausreichender Divisionen auf der Tagesordnung. Der Kampf gegen den neuen Aggressor muss vor allem auch auf der politischen Ebene geführt werden. Die Frage nach der Zahl der deutschen Divisionen klingt real, ist aber unrealistisch. Jeder weiss, dass das deutsche Volk in seinem heutigen staatsrechtlichen Zustand, in seiner gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung und in der jetzigen psychologischen Situation einen Versuch der rein militärischen Lösung unter ungünstigsten Bedingungen beginnen würde. Deutschland würde nicht in der Lage sein, ernsthaft und eindrucksvoll eine solche Aufgabe zu erfüllen, es würde alle politischen und psychologischen Nachteile einer solchen Politik nach innen und aussen auf sich nehmen, ohne auf der anderen Seite einen wirklichen Nutzen für Europa und die Welt und auch für sich selbst zu haben".

+

"Wer in Deutschland von Europa spricht, der muss bereit sein, hier in Deutschland die elementarsten Voraussetzungen für eine gesunde Wirtschaft in diesem Teil Europas, eben in Deutschland, zu schaffen, d.h. eine geplante Produktion, eine Gesetzgebung im Bund, die ein für allemal verhindert, dass die Schlüsselpositionen der deutschen Wirtschaft von einer Minderheit des Volkes zu politischen Zwecken missbraucht werden. Das bedeutet ferner Mitbestimmung und Sozialisierung als Gegenwartsaufgabe. Wenn wir dem deutschen Arbeiter das Gefühl einer echten Verantwortung gegenüber der grossen Gemeinschaft der europäischen Völker geben wollen, dann muss er im Alltag die Gewissheit haben, dass er im eigenen Hause etwas zu sagen hat.

Aber dieses neue Europa darf nicht aufgebaut werden unter der negativen Färbung einer antibolschewistischen Allianz. Wir wünschen nicht eine europäische Ordnung auf der Basis konservativer Vorstellungen von gestern und vorgestern. Die Restaurierung eines konservativen privatkapitalistischen Europas, vielleicht sogar noch unter klerikalem Vorzeichen - ein solches Europa würde im Effekt den eigentlichen Wert der europäischen Idee verraten und zerstören".

+

"Der grosse Kampf Westen gegen Osten hat ja nicht erst am Tage des Überfalls Nordkoreas auf Südkorea begonnen. Wir hier in Deutschland wissen, dass die politische Auseinandersetzung bis in die Tage des Beginnes der Besetzung in Deutschland zurückgeht. Wir wissen auch, dass in dem Bestreben, den Krieg zu verhindern, die politischen und geistigen Kräfte von entscheidendem Wert sind. Denken wir an die Blockade von Berlin. Damals wusste auch niemand in der Welt, was geschehen würde, als die ersten alliierten Flugzeuge über die Luftbrücke flogen. Dieser Kampf

ist gewonnen worden, einmal gewiss wegen der gigantischen Leistung im Aufbau und in der Durchführung dieser Luftbrücke, vor allem aber auch deshalb, weil die Bevölkerung von Berlin entschlossen war, um jeden Preis für ihre Freiheit zu kämpfen. Diesen Willen zur Freiheit müssen wir unter allen Umständen wachhalten. Und es muss unser Ziel sein, dass die Fahnen der Freiheit eines Tages auch in Magdeburg und Rostock, in Leipzig und Dresden und in allen Orten der heute sowjetisch besetzten Zone wehen".

- - - -

### Die zukünftige Politik der Labour Party

F.S. London, im August

Mit grosser Spannung sind im In- und Ausland die von der Labour Party zum Wochenende verkündeten neuen Richtlinien der Labour-Politik erwartet worden, sollen sie doch darüber Aufschluss geben, ob die Partei den Weg nach links oder nach rechts beschreiten wird. Liest man das Dokument objektiv, und ist man mit der politischen Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung und des englischen Volkes nur etwas vertraut, so lässt sich feststellen, dass in der Erklärung alle Faktoren berücksichtigt wurden, wie sie den verschiedenen Bevölkerungsschichten eigentümlich sind; es sind die Reaktionen beobachtet und ausgenutzt, die die Regierung während der letzten Jahre durch ihre Politik auslöste. Das Dokument ist klar und eindeutig, weniger für den Politiker als für die Masse des britischen Volkes geschrieben, ist nicht nur für eine etwa in Bälde kommende Wahl, sondern für eine lange Zeit im voraus gedacht. Es ist kein marxistisches und kein revisionistisches Elaborat, sondern eine demokratische und soziale Manifestation einer verantwortungsbewussten Führung an die Mitglieder der Partei und gedacht "für alle Frauen und Männer, die über die Politik ihres Landes zu entscheiden haben". Es dürfte den beiden anderen Parteien schwerfallen, das Statement sachlich anzugreifen.

Aussenpolitisch wird erklärt, dass Gross-Britannien zu seinen Verpflichtungen stehe, wie sie in den "Vereinten Nationen", den Brüsseler Verträgen und dem Atlantik-Pakt festgelegt sind. Die politische und ökonomische Verbindung mit West-Europa soll in Zukunft enger gestaltet werden. Die demokratischen Länder müssen konstruktive und progressive Massnahmen treffen und nicht mehr vornehmlich auf militärische Abwehr eingestellt sein. Die Labour Party tritt für einen Welt-Wirtschaftsplan ein, der nach Ablauf der Marshall-Hilfe auch den kleineren Ländern dauernde Stützung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse bringt. Dieser Welt-Wirtschaftsplan (Weltplan zur gegenseitigen Hilfe), über den schon in naher Zukunft zu diskutieren sein wird, bedarf erst noch der Ausarbeitung

und setzt die Mitarbeit aller demokratischen Länder voraus. Man kann die Erwähnung dieses Planes in den Mittelpunkt der aussenpolitischen Erklärung der Labour Party stellen. Sie erwartet nicht, dass alle Länder, die mit Gross-Britannien zusammenarbeiten, sozialistisch regiert sind; was sie voraussetzt, ist die Gewissheit, dass ihre Regierungen genügend Einfluss auf ihr eigenes ökonomisches System haben, um die Verpflichtungen auf dem Gebiet internationaler Planung zu erfüllen.

Naturgemäss sind in der Erklärung einer Partei, die immerhin mit plötzlichen Wahlen rechnen kann und in Kürze einen entscheidenden Parteitag vor sich hat, die innerpolitischen Fragen in grösserem Umfange behandelt als der aussenpolitische Komplex. Als Zentralproblem wird die Kontrolle der ökonomischen Macht durch die Öffentlichkeit betrachtet. Dort, wo die Monopolwirtschaft unausbleiblich ist, muss sie durch Übernahme in den öffentlichen Besitz abgelöst werden, ein Vorgang, den die Labour Party als notwendig betrachtet, und der durch verschiedene Formen, z.B. Nationalisierung - aber nicht nur durch diese - Ausdruck finden kann. Labour wird die Nationalisierung der Eisen- und Stahlindustrie durchführen. Im öffentlichen Interesse liegen Vollbeschäftigung, ein ausgeglichener Außenhandel und Herabsetzung der Lebenskosten. Diese drei Hauptziele bestimmen die Planwirtschaft Englands. Und wo immer die Privatwirtschaft ihre Verpflichtungen zur Gemeinschaft vernachlässigt, werden Partei und Regierung die gesetzliche Macht benutzen, um sie in den öffentlichen Besitz zu überführen, ein Weg, der in ähnlicher Weise auch in der Landwirtschaft beschritten wird. Andererseits sollen aber auch wertvolle private Unternehmungen gestützt werden, die auf öffentliche Hilfe angewiesen sind.

Die Labour Party macht schliesslich auch den Verbraucher, für den die Preiskontrolle beibehalten wird, und dem Arbeitnehmer, für den die "Demokratie des Arbeitsplatzes" verlangt wird, klar, dass in einer demokratischen Gesellschaft alle ihre Teile darauf bedacht sein müssen, ihre Verpflichtung zu erfüllen.

Verkehr mit Westberlin erneut bedroht.

H.K.Berlin, im August

Die "Soziale Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin" hat die SPD und den DGB aufgefordert, an die Arbeiter in allen Verkehrszweigen zu appellieren, keine für die Sowjetzone wichtigen Güter mehr zu verladen, bis die Übergriffe der Sowjetzonenbehörden gegen Sendungen

von und nach Berlin eingestellt werden. Damit ist das Verkehrsproblem Westberlin erneut zur Debatte gestellt worden.

Wochenlang waren die Binnenschiffe mit ihren Schrottladungen den Schikanen der russischen Grenzbehörden ausgesetzt. Jetzt wird der Paketverkehr von und nach Berlin durch tägliche Beschlagnahmen beunruhigt, was sich auf die Dauer schädlich auf die Wirtschaft Westberlins auswirken muß. Darauf spekulieren die Sowjets deutscher und russischer Zunge. Entsprechende Gegenmaßnahmen sind bisher noch nicht zu einer Lösung gereift. Die ausländischen Luftfahrtgesellschaften, die Berlin anfliegen, AOA, BEA, und Air France, haben Frachterleichterungen zugesichert, sofern garantiert werde, daß die Maschinen zu 85% ausgelastet seien. Man spricht in diesen Fällen von Luftfrachtraten, die das Drei- bis Fünffache der Eisenbahnfracht betragen sollen. Aus dem Westberliner Etat aber ist eine solche Garantie nicht zu übernehmen, und der Bundesfinanzminister hat noch kein Zeichen einer Zustimmung gegeben, daß er einspringen würde. Die Berliner Wirtschaft verspricht sich eine entscheidende Auswirkung auch von dieser Maßnahme nicht. Denn selbst die Eisenbahnfrachten liegen für Berlin zu hoch, um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Konkurrenz im Bundesgebiet zu sichern. Berlin hat zweimal, einmal beim Rohstoffbezug und zum zweiten Mal bei seinen Lieferungen, rund 200 km Fracht mehr zu tragen als seine Konkurrenten in Westdeutschland. Deshalb hat die Westberliner Wirtschaft mehrfach bereits die Forderung erhoben, den Krisenzuschlag im Berlin-Verkehr fallen zu lassen, um die Stadt tarifarisch an die Zonengrenze heranzurücken und damit gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Angesichts dieser Lage vorsteht man Berliner Verkehrsfachleute, die betonen, daß nur wenige Güter selbst bei wesentlich verbilligter Luftfracht per Flugzeug befördert werden können. Keinesfalls aber wird man für die Massengüter selbst eine dreifache Frachtbelastung anwenden können. Im Juli wurden 175 098 to Kohle, 90 031 to Lebensmittel, 42 206 to Baumaterial und 21 596 to Industriegüter, um nur die umfangreichsten Posten zu zitieren, nach Westberlin geschafft. Eine weitere Frachterhöhung für diese Güter würde eine einfach untragbare Mehrbelastung für die Verbrauchermassen mit sich bringen. Ebenso ist es mit den Gütern, die Berlin verlassen.

Das Problem des Berlin-Verkehrs ist nicht mit wirtschaftlichen Mitteln zu lösen, weil es ein politisches Faktum ist. Auf der politischen Ebene muß die Sicherheit des Durchgangsverkehrs nach der Bundesrepublik erzwungen werden. Und unter politischen Gesichtspunkten müssen auch die Tarife betrachtet werden. Man wird dem Bundesverkehrs-

minister bei seinem Besuch in Westberlin die Forderung auf Senkung aller Frachttarife erneut unterbreiten, und er wird die Berliner Wünsche nicht als Kaufmann, sondern als Politiker zu prüfen haben. Neben dem Problem der allgemeinen Frachterleichterungen durch Fortfall der Krisenzuschläge im Westberlin-Verkehr sind dies die oben erwähnten Luftfrachten, die Einführung des Zweite-Klasse-D-Zug-Fahrpreises im Personen-Flugverkehr mit Berlin und die Einrichtung eines stündlichen Luftverkehrs Berlin-Hannover.

#### Die tschechischen Monatsrationen.

sp. Von Monat zu Monat verfolgt der tschechische Normalverbraucher die amtlichen Lebensmittel-Zuteilungen. Obwohl das Regime ständig von einem erhöhten Lebensstandard spricht, werden in der Tschechoslowakei heute die wenigsten Textilpunkte und die magersten Lebensmittelrationen in ganz Europa ausgegeben, während zu gleicher Zeit die Arbeiter zur Erfüllung des Fünfjahresplanes meist unter Aufopferung des Sonntags und der Urlaube mehr arbeiten müssen als anderswo. Wiewohl in "freiwilligen" Brigadeeinsätzen in den letzten Jahren Dutzende Schweine-Großmastereien errichtet wurden, können im August nach der amtlichen Verlautbarung nur 1.400 g Fleisch an Erwachsene ausgegeben werden. Sie erhalten ferner 280 g Butter, 240 g Fett und 200 g Kunstspeisefett. Verbraucher bis zu 20 Jahren erhalten noch 100 g Quark und bis zu 18 Jahren einige Eier; für Erwachsene gibt es weder Quark noch Eier. Für Kinder werden im Monat Schokoladenbons ausgegeben. In den sogenannten freien Staatsläden gibt es freilich allerhand zu kaufen. Die Preise sind aber trotz einer kürzlich vorgenommenen Ermäßigung um 20% noch immer für den Normalarbeiter unerschwinglich, der bei 3-4.000 Kcs Monatslohn keine 400,-- Kcs für ein Kilo Jagdwurst zahlen kann. Auch am Bier hat er keine Freude, weil der gute Hopfen (dessen Ertrag sowieso gegen die Vorkriegszeit um 36% gesunken ist) zur Gewinnung von Westdevisen exportiert werden muß und für den Inlandsverbrauch nur Ausschuhopfen zur Verfügung gestellt wird. Die Versorgung mit Obst und Gemüse leidet überdies unter einer außerordentlich mangelhaften Verteilung.

Als Trost für all diese Erscheinungen wird dem tschechischen Publikum bei jeder Gelegenheit von der Wirtschaftskrise, der Not und dem Elend in der nichtbolschewistischen Welt erzählt.